



## Visitation und Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle für das Jahr 2022

Bericht und Antrag der erweiterten Justizprüfungskommission  
vom 31. Mai 2023

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

### I. Ausgangslage

Die Datenschutzbeauftragte erstattet dem Kantonsrat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit und vertritt den Bericht im Kantonsrat (§ 19 Abs. 1 Datenschutzgesetz vom 28.09.2000 [DSG]; BGS 157.1). Gemäss § 19 Abs. 2 i.V.m. Abs. 4 Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrats vom 28. August 2014 (GO KR; BGS 141.1) ist die Datenschutzstelle (DATS) im Rahmen der Oberaufsicht des Kantonsrats von der erweiterten Justizprüfungskommission (erw. JPK) zu visitieren. Dabei hat die erw. JPK den Tätigkeitsbericht der DATS zu prüfen und dem Kantonsrat dazu Bericht zu erstatten. Der Tätigkeitsbericht der DATS 2022 wurde der erw. JPK am 22. März 2023 zugestellt und ist auf der Website der Datenschutzbeauftragten publiziert.

### II. Vorgehen

Am 13. April 2023 hat eine Delegation der erw. JPK, bestehend aus dem Kommissionspräsidenten KR Thomas Werner und den Kommissionsmitgliedern KR Carina Brüngger, KR Tabea Zimmermann Gibson, KR Christoph Lanz, KR Michael Felber und KR Jill Nussbaumer, die DATS visitiert. Auf Seiten der DATS war die Datenschutzbeauftragte, Yvonne Jöhri, anwesend. Die Fragen wurden der Datenschutzbeauftragten vor der Visitation zur Beantwortung zugestellt. Anlässlich der Visitation wurden diese Fragen und weitere Themenkreise rund um die DATS eingehend besprochen. Das Protokoll führte die Generalsekretärin der erw. JPK, Bianca Bulgheroni.

An ihrer Sitzung vom 31. Mai 2023 hat die erw. JPK den Tätigkeitsbericht der DATS beraten und den nachfolgenden Beschluss getroffen. Im vorliegenden Bericht werden die wesentlichen Feststellungen zusammengefasst wiedergegeben.

### III. Erläuterungen

Die DATS erwähnte wie bereits bei der letzten Visitation, dass die personellen Ressourcen knapp seien. Die Datenschutzbeauftragte betonte auch an der diesjährigen Visitation die mangelnden personellen Ressourcen. Die Datenschutzstelle musste daher in der Berichtsperiode erneut stark die Aufgaben priorisieren und konnte teils Aufgaben nur beschränkt wahrnehmen. Die DATS wirkt in einer unweigerlichen Spannung zwischen dem kantonalen Umfeld (IT-/Cloud-Lösung; neue Informatikprojekte, Digitalisierung) und den gesetzlichen Aufgaben einer unabhängigen Datenschutzstelle. Die DATS kann mit dem Projekttempo von einzelnen Digitalisierungsprojekten mit den vorhandenen Ressourcen nicht Schritt halten. Für die Datenschutzbeauftragte widerspreche die Vorstellung des Kantons Zug, ein Vorreiterkanton im Digitalisierungsbereich zu sein, mit den vom Kanton zur Verfügung gestellten Ressourcen für den Datenschutz.

Der Antrag auf eine beantragte zusätzliche Juristenstelle wurde in der Berichtsperiode vom Regierungsrat erneut abgelehnt. Die Datenschutzbeauftragte empfand die Begründung des Regierungsrates auf ihren Antrag unbefriedigend und ungenügend. Sie müsse diese Stelle nun erneut beantragen, da die Digitalisierung innerhalb der Kantonsverwaltung mit neuen Projekten wachse und der für diese Projekte beigezogene Datenschutzstelle die personellen Ressourcen nicht ausreiche. Eine Entlastung sei hierbei nicht in Aussicht. Die DATS gerät nach den Aussagen der Datenschutzbeauftragten immer stärker ins Spannungsfeld mit den ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben, welche die Datenschutzstelle wahrzunehmen hat.

Das Arbeitsklima stufte die Datenschutzbeauftragte als gut ein.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der DATS liegt, wie in den Vorjahren, auf der Beratung und Aufsicht. Dabei betraf die Beratungs- und Aufsichtstätigkeit der DSB erneut vorwiegend IT- und Digitalisierungsprojekte, wobei wiederum Fragenstellungen rund um den Einsatz von Cloud-Lösungen im Fokus standen. Der öffentlichen Verwaltung sind insbesondere bei Cloud-Projekten – im Vergleich zur Privatwirtschaft – zusätzliche Schranken gesetzt (Gesetzmässigkeits-/Legalitätsprinzip, Amtsgeheimnis bzw. informationelle Gewaltentrennung und weitere Geheimhaltungspflichten, Föderalismus). Entsprechend anspruchsvoll(er) sind deshalb E-Government- und Digitalisierungsprojekte der Verwaltung.

Seit Inkrafttreten des am 1. September 2020 in Kraft getretenen revidierten Datenschutzgesetzes und den neuen Datenschutzbestimmungen können der Datenschutzstelle Verletzungen gemeldet werden. Im Berichtsjahr gab es drei Datenschutzverletzungen, welche der Datenschutzstelle in diesem Zusammenhang (Vorjahr: 1 Meldung) gemeldet wurden.

Erfreulich ist, dass im Berichtsjahr der Rechtsdienst des Kantons Zug früher in konkrete verwaltungsinterne Projekte einbezogen werden konnte, um die konkreten gesetzlichen Grundlagen für neue Projekte vorab zu klären. Die Abklärung der Rechtsgrundlagen ist in der Initialisierungsphase jedes Projekts (gemäss Projektmanagementmethode HERMES) vorzunehmen, d.h. unabhängig davon, ob Personendaten bearbeitet werden. Insofern soll die von der Datenschutzstelle angestrebte Kanalisierung der Beratungstätigkeit über den zuständigen Rechtsdienst dazu beitragen, dass ein allfälliger – auch über datenschutzrechtliche Anforderungen hinausgehender – gesetzgeberischer Handlungsbedarf im Sach-/Fachbereich frühzeitig erkannt und an die Hand genommen werden kann. Die Kanalisierung über die zuständigen Rechtsdienste zeigt zumindest vereinzelt bereits (wesentliche) Verbesserungen in der Qualität von durchgeführten Rechtsgrundlagenanalysen.

Fortschritte gab es im Berichtsjahr auch in konkreten gesetzlichen Grundlagen: So ist etwa die Ablösung der Online-Verordnung durch zeitgemässe Rechtsgrundlagen in Bewegung gekommen.

Als unabhängige Aufsichts- und Beratungsstelle liegt der Fokus der Zusammenarbeit mit den kantonalen und kommunalen Behörden vor allem darin, die verantwortlichen Organe im Kanton Zug zu beraten, zu sensibilisieren und zu schulen, damit sie ihre gesetzlichen Aufgaben kennen und diese rechts- und datenschutzkonform wahrnehmen. Allerdings steht die Datenschutzstelle nicht mit allen kantonalen und kommunalen Behörden und Dienststellen gleich intensiv bzw. regelmässig in Kontakt. Aber dort, wo Beratung und ein Austausch mit kantonalen und kommunalen Behörden und Dienststellen stattfinden, konnte die Zusammenarbeit als gut bezeichnet werden.

Die grösste Herausforderung für den Kanton Zug für die Zukunft sieht die Datenschutzbeauftragte in der voraussichtlich divergierenden Entwicklung in Digitalisierung/digitaler Transformation und Datenschutz/Informationssicherheit. Dessen Organe sind gesetzlich verpflichtet, die Grund- und Persönlichkeitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern bei Digitalisierungs- und Transformationsprozessen zu gewährleisten; die unabhängige Datenschutzstelle, die sie dabei in rechtlichen, technischen und organisatorischen Belangen beraten, unterstützen und begleiten können soll, sei aber knapp an Ressourcen. Die Ressourcenknappheit hat im Berichtsjahr zu einigen Massnahmen geführt, so verzichtet die DATS auf Beratung und Abgabe von Stellungnahmen zu Online-Zugriffen. Der Regierungsrat wurde über die ergriffenen Massnahmen entsprechend informiert.

Der Datenschutzbeauftragten und ihren Mitarbeitenden ist Dank und Respekt für die geleistete Arbeit in einem anspruchsvollen und sich unaufhaltsam rasant beschleunigenden Arbeitsumfeld auszusprechen. Die amtierende Datenschutzbeauftragte hat sich trotz des Widerstandes, mit welchem die DATS in der letzten Zeit seitens der Behörden konfrontiert wurde, ihre grosse Begeisterung und Motivation für die Ausübung dieses Amtes ausgedrückt.

#### **IV. Antrag**

Die Justizprüfungskommission beantragt dem Kantonsrat einstimmig mit 10 zu 0 Stimmen,

- den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle 2022 zur Kenntnis zu nehmen;
- der Datenschutzbeauftragten sowie den Mitarbeitenden der Datenschutzstelle den besten Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Zug, 31. Mai 2023

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der erweiterten Justizprüfungskommission

Der Präsident: Thomas Werner